

Über den europäischen Einfluss auf die Apartheidszustände in Südafrika berichtet der Essener Historiker Christoph Marx in seinem Beitrag.

“Europeans only”

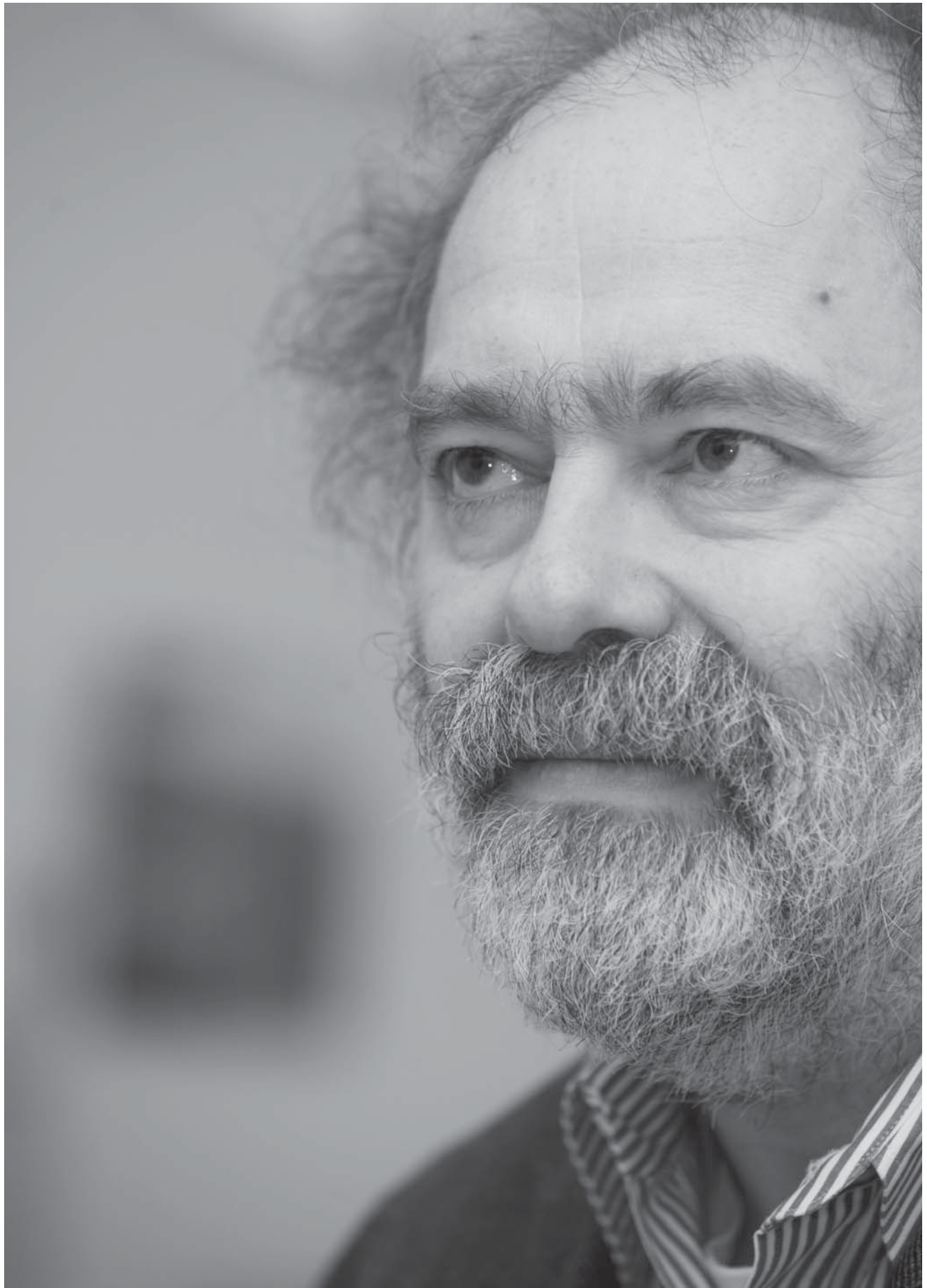
Europa als Leitbild, Vorbild
und Zerrbild in Südafrika, 1948 bis 2008

Von Christoph Marx

Europa hatte für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Land an der Südspitze des afrikanischen Kontinents immer eine besondere, doch gerade im Verlauf des 20. Jahrhunderts eine höchst

divergente Bedeutung. Denn die lange Zeit dominierende Bevölkerungsgruppe stammte aus Europa, und die Kapkolonie, aus der die spätere Republik Südafrika hervorging, war die älteste Siedlungskolonie

auf dem afrikanischen Kontinent. Siedlungskolonien in Afrika unterscheiden sich von anderen Kolonien dadurch, dass eine Minderheit weißer Einwanderer sich einen privilegierten Zugang zu politischen



Christoph Marx. Foto: Timo Bobert

Institutionen verschafft und dadurch ein rassistisches Privilegiensystem errichtet. Die Kapkolonie war von der Vereinigten Ostindischen Kompanie der Niederlande im Jahr 1652 gegründet und mit deren früheren Angestellten sowie Einwanderern aus den Niederlanden, Frankreich und Deutschland besiedelt worden. Die Nachfahren dieser Siedler nannten sich selbst Afrikaner, während wir sie mit der veralteten Bezeichnung „Buren“ (Bauern) belegen. Bezeichnenderweise benutzten sie gegenüber der schwarzafrikanischen Bevölkerungsmehrheit jedoch die Selbstbezeichnung „Europäer“. Dieses Selbstverständnis manifestierte sich während der Zeit der Apartheid (1948 bis 1994) ganz direkt in den nach „Rassen“ getrennten öffentlichen Einrichtungen, die gekennzeichnet waren mit Schildern, auf denen „Europeans only“ geschrieben stand: Parkbänke, Eisenbahnwaggons, Ämter, Geschäfte, Strände, Toiletten, Aufenthaltsräume. Sie waren Ausdruck weißer Privilegien, zu denen in erster Linie das Wahlrecht, politische Partizipationsmöglichkeiten sowie der bessere Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung sozialstaatlicher Unterstützungs- und Dienstleistungen zählte.

Trotz dieser in Anspruch genommenen und bei Gelegenheit hervorgehobenen europäischen Herkunft war der Transfer europäischer Institutionen eher begrenzt geblieben. Die europäische Ständegesellschaft etwa wurde am Kap nicht reproduziert, vielmehr entstand hier eine Gesellschaft mit Sklaverei, da die Niederländer aus ihrem Einflussbereich im Indischen Ozean Sklaven nach Südafrika verschleppten und dort in der Landwirtschaft, im Handwerk und in den weißen Haushalten einsetzten. Da die Kolonialherren Südafrikas die Direktoren der Ostindischen Kompanie waren und nicht die Regierung der Niederlande, entwickelte sich auch keine Bezugnahme auf niederländische Institutionen, abgesehen von der refor-

mierten Kirche. Doch selbst solche Bezüge schwächten sich im Lauf der Zeit ab; gerade die Bewohner des Landesinneren besaßen oft nur die Bibel als einziges Buch und verfügten über eine höchst rudimentäre Bildung. Darum reagierten die Buren besonders aggressiv, als durch die seit Anfang des 19. Jahrhunderts aktiven Missionare der Herrnhuter und Londoner Missionsgesellschaften die afrikanische Bevölkerung neben dem Christentum auch ein Bildungsangebot erhielt, das die Statusunterschiede zu verwischen drohte. Umgekehrt hatten die Sozialformen der Weißen oft erstaunliche Ähnlichkeiten zu den afrikanischen Gemeinwesen entwickelt. Die Siedlungen waren von einer Dominanz der wohlhabenderen Siedler geprägt, die meist die wenigen Verwaltungsposten besetzten und eine ähnliche Patronage über die ärmeren Bewohner aufbauten, wie sie afrikanische Chiefs praktizierten. Solche Strukturen erhielten sich in den Burenrepubliken Transvaal und Oranje Freistaat, die nach 1837 nördlich der mittlerweile britischen Kapkolonie entstanden waren, bis in die Zeit des Burenkriegs (1899 bis 1902).

Mit dem Beginn der britischen Herrschaft während der weltweiten napoleonischen Kriege änderte sich einiges. Während zunächst die Gouverneure die niederländischen Verwaltungsinstitutionen und die Möglichkeiten informeller Einflussnahme unangetastet ließen, wurden auf Initiative des britischen Parlaments ab den 1820er Jahren Reformen in Politik und Verwaltung eingeleitet. Diese Anpassung an britische Verwaltungsstrukturen und moderne Staatlichkeit vollzog sich in erster Linie zu Lasten der burischen Oberschicht, die sich fortan von der Patronage des Gouvernements weitgehend abgeschnitten sah. Dagegen verstärkte sich mit der Ansiedlung von Briten im Osten der Kolonie seit 1820 und mit dem Beginn einer zunächst noch begrenzten Selbstverwaltung die Orientierung an britischen Institutionen, insbesondere parlamentarischen und rechtlichen Routinen.

In den 30 Jahren bis 1853 beriefen sich die gut organisierten britischen Siedler immer erfolgreicher auf die Rechte britischer Bürger und fanden in Großbritannien Unterstützung. So wurde gegen den Widerstand der von London eingesetzten, konservativen Gouverneure die Pressefreiheit durchgesetzt, und 1853 erhielt die Kapkolonie ein eigenes Parlament mit einem Zensuswahlrecht, das keine Rassenschranken kannte und zumindest einer Minderheit der schwarzen und farbigen Bevölkerung Partizipationsmöglichkeiten einräumte.

Lange Zeit hat die südafrikanische Historiographie den Parlamentarismus als gescheitertes Experiment beurteilt, da der Zensus im Lauf des 19. Jahrhunderts erhöht, das Wahlrecht der Schwarzen in den 1930er Jahren ganz abgeschafft wurde. Dabei wurden allerdings nicht die Lernprozesse und die politische Sozialisation in Rechnung gestellt, die es über immerhin 80 Jahre mehreren Generationen schwarzer und farbiger,¹ westlich gebildeter Männer erlaubte, politische Partizipationsmöglichkeiten und parlamentarische Institutionen kennenzulernen, obwohl sie vom passiven Wahlrecht ganz ausgeschlossen waren. Doch konnten Politiker, die Afrikaner zu ihren Wählern zählten, in stundenlangen Versammlungen erleben, zu welcher kritischer und wacher politischer Partizipation Afrikaner fähig waren.

Als die 1910 aus vier Kolonien gegründete Union von Südafrika die dunkelhäutige Bevölkerungsmehrheit weitgehend von politischen Mitspracherechten ausschloss, organisierten sich deren Bildungseliten in politischen Gruppierungen wie der African Political Organisation (1904) der Coloureds und dem African National Congress (1912) der Schwarzen. Ihr Protest gegen die politische Entmündigung orientierte sich an britischen parlamentarischen Gepflogenheiten, indem sie Resolutionen verabschiedeten und Unterschriften sammelten, Delegationen



1) Die Trennung öffentlicher Einrichtungen geschah zum Zweck der Privilegierung der weißen Minderheit, selbst wenn gar kein Bedarf für die einzelnen Einrichtungen wie Parkbänke existierte. Zuwiderhandlungen wurden strafrechtlich verfolgt.

Quelle: Melanie Yap, Dianne Leong Man: Colour, Confusion and Concessions. The History of the Chinese in South Africa, Hongkong 1996, S. 358

nach England und Pretoria entsandten und sich ganz im Rahmen dessen bewegten, was ihnen in den Missionsschulen als zivilisierter Standard nahegebracht worden war. Der indische Rechtsanwalt Mohandas Gandhi hatte während seines zwanzig Jahre währenden Aufenthaltes in Südafrika die Widersprüche zwischen zivilisatorischem Anspruch der Europäer und der politischen Realität des Kolonialismus sichtbar gemacht. Mit den Methoden des zivilen Ungehorsams hatte er vorgeführt, wie die Kolonialherren in die Defensive gedrängt werden konnten. Sein Vorbild blieb bis in die 1950er Jahre auch für den ANC verbindlich, dessen Vorstellung von gleichen Rechten bis in diese Zeit an den

Beweis zivilisatorischer Angleichung der schwarzen Bildungselite an europäische Standards gebunden blieb.

Angesichts der Apartheid-Politik konnte der ANC im Nachkriegseuropa eher mit Sympathien rechnen, wenn er sich selbst als Wahlverwandten der europäischen Demokratien präsentierte. Den direkten Vergleich zog ANC-Präsident Chief Albert Luthuli, der die ältere Generation im ANC und ihren christlichen Pazifismus, die Festlegung auf gewaltlose Konfliktlösung repräsentierte. Dies kam in seiner Rede in Oslo zum Ausdruck, als er aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 1961 die friedlichen Emanzipationsbewegungen Afrikas der kriegerischen Vergangenheit Europas

kontrastierte, aber gleichzeitig die gemeinsamen Werte hervorhob: „Your continent passed through a longer series of revolutionary upheavals, in which your age of feudal backwardness gave way to the new age of industrialization, true nationhood, democracy and rising living standards – the golden age for which men have striven for generations. Your age of revolution, stretching across all the years from the 18th century to our own, encompassed some of the bloodiest civil wars in all history. By comparison, the African revolution has swept across three-quarters of the continent in less than a decade; its final completion is within sight of our own generation. Again, by comparison



(2) Die Bevölkerungsmehrheit Südafrikas wurde während der Apartheid negativ definiert, als Menschen mit einem zivilisatorischen Defizit.
Quelle: Christoph Marx

with Europe, our African revolution – to our credit – is proving to be orderly, quick and comparatively bloodless.“² Die frühe Erfahrung des Parlamentarismus im 19. Jahrhundert entfaltete eine Langzeitwirkung, da die schwarze Mehrheit an diesen Institutionen und dem Vorbild des britischen Parlamentarismus bis in die jüngste Vergangenheit festhielt, was sich bei der Neugestaltung des politischen Systems nach dem Ende der Apartheid konsensersleichternd auswirkte.

Während die schwarze Bevölkerung angesichts der Mehrheitsverhältnisse von der Demokratie nur profitieren konnte, traf für die Weißen das Gegenteil zu. Deswegen und wegen ihrer Ablehnung des britischen Empire, zu dem Südafrika

bis 1961 gehörte, orientierten sich viele der Weißen, insbesondere die burischen Intellektuellen, an elitären europäischen Ideologien. Besonders stießen Ideologien kulturalistischer und kulturpessimistischer Prägung auf Resonanz, da sie die Überlegenheit Europas betonten und Versatzstücke für eine Legitimation fortgesetzter weißer Herrschaft in einem Zeitalter der Entkolonialisierung boten. Die verstärkte Orientierung an Europa im frühen 20. Jahrhundert hatte zunächst noch einen weiteren, ganz konkreten Grund. Die Buren wollten von den Europäern als ihresgleichen anerkannt werden, nachdem die Briten gegen sie im so genannten „Burenkrieg“ (1899 bis 1902) eine Form rücksichtsloser Kriegführung angewandt hatten, wie sie bis dahin

gegenüber afrikanischen oder asiatischen Völkern üblich gewesen war.

Der englischsprachige weiße Bevölkerungsteil blieb bis in die 1960er Jahre hinein stark auf Großbritannien als „home“ fixiert, doch zumindest in den Anfangsjahren der Union von Südafrika sah es so aus, als ob auch Buren Loyalität zum früheren Kriegsgegner entwickeln könnten. Insbesondere die Burenkriegsgeneräle Louis Botha und Jan Smuts, die bis 1924 die tonangebenden Politiker waren, zielten auf eine Versöhnung der beiden weißen Bevölkerungsgruppen im Rahmen des Empire ab. Als die liberale britische Regierung von Premierminister Campbell-Bannerman den ehemaligen Burenrepubliken nur fünf Jahre nach Kriegsende Selbst-

verwaltung zugestand, war Smuts so beeindruckt, dass er sich fortan an die Seite Großbritanniens stellte und sich dafür einsetzte, das Empire in ein „Commonwealth“ gleichberechtigter (weißer) Siedlungskolonien umzuwandeln, dessen Name auch auf ihn zurückgeht. Er unterstützte Großbritannien in beiden Weltkriegen, nahm sich jedoch die USA zum Vorbild für seine eigenen Expansionspläne, die auf eine großflächige weiße Besiedlung des afrikanischen Hochlandes von Äthiopien bis Südafrika abzielten, wodurch er eine neue europäisch orientierte Großmacht begründen wollte. Möglicherweise bewegte sich Smuts' politisches Denken ganz ähnlich wie dasjenige der burischen Nationalisten in globalen Zusammenhängen kulturell-rassistischer Konfrontationen.

Die sich bald nach dem Burenkrieg organisierenden burischen Nationalisten adaptierten intensiv, aber ausschnittsweise eine niederländische politische Richtung, die mit dem Namen von Abraham Kuyper verbunden war und durch das Studium zahlreicher Südafrikaner an der von Kuyper gegründeten Vrije Universiteit Amsterdam verstärkt wurde.³ Der Neocalvinismus Kuypers und seine Antirevolutionäre Partei trugen zu einer Intensivierung der konfessionellen Zugehörigkeiten und der Politisierung sozialer Milieus in den Niederlanden bei. Da jedoch viele Südafrikaner weiterhin in Großbritannien, aber auch in Deutschland, Belgien und einige wenige auch in Frankreich studierten, fand allmählich ein übergreifender Abendland-Diskurs Eingang in das politische Denken weißer Südafrikaner. Während der 1930er und 1940er Jahre entstanden zahlreiche Organisationen, die einen radikalisierten Kulturnationalismus propagierten und sich teilweise an faschistischen Bewegungen in Europa orientierten. Ihr Sendungsbewusstsein bezogen sie daraus, Vertreter einer „Revolution des 20. Jahrhunderts“ zu sein, was zahlreiche Intellektu-

elle veranlasste, die Demokratie als „volksfremd“, nämlich britisch, zu verurteilen und stattdessen einer autoritären Staatsform das Wort zu reden.

Die 1930er und vor allem die 1940er Jahre brachten zahlreiche rechtsradikale Organisationen hervor, von denen die wirkungsmächtigsten faschistische Ordnungsvorstellungen mit dem Kulturnationalismus der Buren kombinierten. Dies galt vor allem für die paramilitärische Massenbewegung „Ossewabrandwag“ (Ochsenwagen-Feuerwache), die sich auf den Ochsenwagen als Symbol des burischen Frontiermythos bezog. Diese Bewegung versammelte 1941, auf dem Höhepunkt ihres Einflusses, schätzungsweise 300.000 Mitglieder in ihren Reihen, was etwa einem Viertel der burischen Gesamtbevölkerung entsprach. Wie gering die Berührungsgänge mit der extremen Rechten selbst innerhalb der formal demokratischen Nationalen Partei waren, zeigt ein Schreiben von J. G. Strijdom, einem führenden Nationalisten, der sich 1946 mit der Forderung an Premier Jan Smuts wandte, sich für die Begnadigung der in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrecher einzusetzen. Strijdom, der maßgeblich dazu beigetragen hatte, dass der von ihm in der Provinz Transvaal geführte Flügel der föderativ aufgebauten Nationalen Partei Juden von der Parteimitgliedschaft ausschloss, plädierte für die Begnadigung von Völkermördern unter Berufung auf „allgemeine menschliche und christliche Prinzipien, Blutsbande, die uns mit den europäischen Völkern verbinden, die schlimmen europäischen Zustände und den Wunsch, dass in Europa mit Blick auf einen zukünftigen Frieden ein besserer Geist geschaffen werde.“⁴ Seit den 1930er Jahren entwickelten burische nationalistische Intellektuelle die Ideologie einer radikalen Rassentrennung, die sie „Apartheid“ (wörtlich: Getrenntheit) nannten. Sie sollte dem Schutz der als europäisch verstandenen Zivilisation der Weißen dienen.

Aletta Norval kam in ihrer Untersuchung über den „Apartheid-Diskurs“ zu dem Schluss, dass die Definition der schwarzen Bevölkerung als homogene „Rasse“ ihr Gegenstück in der Selbstdefinition der Weißen als Europäer fand.⁵ Dies gilt jedoch nur für die Anfangsjahre der Apartheid, denn spätestens ab 1959 begannen die verantwortlichen Planer und Politiker, die Schwarzen gerade nicht mehr als homogen anzusehen, sondern sie betonten stattdessen die ethnischen Unterschiede, indem sie die bisherigen „Stämme“ zu Nationen aufwerteten. Statt der einen schwarzen Nation, die der ANC zu vertreten beanspruchte, gingen die Planer unter Berufung auf ethnologische Erkenntnisse von neun, später sogar elf schwarzen Nationen aus, die aufgrund scheinbar objektiver Merkmale wie Sprache und Kultur definiert wurden. Darum lag es für Premierminister Hendrik Verwoerd (1958 bis 1966) nahe, eine Affinität des ANC zum Kommunismus daraus abzuleiten, dass die Organisation die „eigentlichen“ Nationen in Südafrika, nämlich die ethnischen Gruppen in den Homelands, zu überwinden gedachte. Das widersprach diametral einer nationalstaatlichen Ordnung, wie Verwoerd sie als kennzeichnend für Europa und vorbildhaft für Südafrika verstand: „Besides colour, the mental differences, traditions and culture are so different that there is far more justification for separate States to be created here than between the English and the Dutch and the Germans or the French and the Swiss and the Belgians (sic), or the various nations of Slovakian (sic) origins in Europe. This is all that „Apartheid“ or separate development means, namely the gradual development of separate nations on their own and in their own areas.“⁶ Kommunismus ließ sich darum im Wesentlichen bestimmen als Ideologie, die sich die Überwindung scheinbar natürlicher ethnischer Ordnungen zum Ziel gesetzt hatte. Der beginnende Eini-

gungsprozess in Europa interessierte Verwoerd denn auch nicht, da er am überkommenen Bild eines Europa kleinräumiger Nationalstaatlichkeit festhielt: „It is not recognised that the problem in South Africa is not a mixing of the races, or multi-racialism, but like Europe multi-nationalism – the allocation of their separate states to a number of nations in a large part of a continent.“⁶⁷ Auf diese Weise konnte die Politik der Bantustans, so genannter Heimatländer der schwarzen ethnischen Gruppen, als vom Prinzip des Nationalstaats getragen präsentiert werden.

In der Formierungsphase des burischen Kulturnationalismus seit den 1920er Jahren hatten Intellektuelle gerade die Differenzen zu den Briten hervorgehoben, um die Eigenständigkeit einer burischen Nation zu begründen. Unter Premierminister Hendrik Verwoerd, der ursprünglich einer der vehementesten Vertreter des burischen Kulturnationalismus gewesen war, begann auch in Bezug auf die Weißen eine Neudefinition, in auffälliger Gegenläufigkeit zur Neubestimmung der schwarzen Bevölkerung. Denn während bei den Schwarzen die ethnischen Differenzen betont wurden, unterstrichen die Protagonisten der Apartheid, nachdem ihre politische Macht Mitte der 1950er Jahre gefestigt war, die Einheit der weißen Bevölkerung. Ja, Verwoerd gab sogar seinen – erfolgreichen – Vorstoß, Südafrika in eine Republik zu verwandeln, sowie den Austritt aus dem Commonwealth als wichtige Schritte in die Richtung einer weißen Nation aus, da bis dahin verteilte Loyalitäten der englischsprachigen Weißen nun eindeutig auf Südafrika ausgerichtet wurden. Dies hatte auch Folgen für die Art und Weise, wie sich die Bezugnahme auf Europa veränderte. Während der Afrikaaner-Nationalismus in seiner Beschwörung abendländischer Werte die nationale Vielfalt stets mitgemeint hatte, trat zu dieser Betonung der Man-

nigfaltigkeit Europas nun auch die Einheit gegenüber dem anderen verstärkt hinzu. Argumentationen, die während der 1930er und 40er Jahre auf den rechtsextremen Rand beschränkt geblieben waren, wurden nun von führenden Politikern übernommen, insbesondere das Szenario einer globalen Rassenkonfrontation, bei der Europa von Asien bedroht wurde. Dabei stand der Kommunismus nicht nur für ein feindliches politisches System, sondern er erhielt rassistische Konnotationen als „asiatische Gefahr“, die die kulturelle Eigenständigkeit Europas und damit auch der weißen Südafrikaner als Vertreter abendländischer Werte in Südafrika in Frage stellte.

Premierminister Verwoerd präsentierte seine Regierung als Garant für den Erhalt westlicher Werte auf dem afrikanischen Kontinent: „Should South Africa have been overwhelmed by communist rebellion which Mandela and others sought to institute, South Africa would have become another communist satellite and because of its great capacity the rest of Africa which is already balancing on the edge, would have fallen into communist grasp as well.“⁶⁸ Immer wieder betonte er, dass hinter den afrikanischen Nationalisten des ANC kommunistische Agitatoren und das Interesse der Sowjetunion zu erkennen sei: „There is no doubt whatsoever that behind this group of saboteurs and prospective rebels there was communistic influence in the full sense of the word which seeks the downfall of Western civilization and ideology.“⁶⁹

Während seiner Regierungszeit begann die Selbstanpreisung des Apartheidstaates als Bannerträger der westlichen Zivilisation, ja, Verwoerd wies seinem Land geradezu eine Schlüsselposition im Kalten Krieg zu und verglich die Position der südafrikanischen Weißen mit derjenigen der Europäer: „It is also being understood that we are holding the fort against Communism as a White tip of the African continent,

for the White tip of the Euro-Asian Continent which is Europe.“¹⁰

Der massive Einbruch der Rechtsstaatlichkeit in Südafrika, der in den 1950er Jahren einsetzte, erschien einem Protagonisten gleicher Bürgerrechte wie Albert Luthuli als Abkehr von der europäischen Zivilisation, auf die Verwoerd sich berief. Luthuli unterstrich darum die Differenz zwischen dem demokratischen Europa und einer isolierten weißen Minderheit in Afrika, die den Anschluss an diese Entwicklungen verpasst hatte. Dabei spielte er auf den Wind des Wandels an, womit der britische Premierminister Harold Macmillan während seines Südafrika-Besuches im Jahr 1960 die Unabhängigkeitsbewegung in Afrika benannt hatte: „Thus it is that the golden age of Africa’s independence is also the dark age of South Africa’s decline and retrogression, brought about by men who, when revolutionary changes that entrenched fundamental human rights were taking place in Europe, were closed in on the tip of South Africa – and so missed the wind of progressive change.“¹¹ Der Nobelpreisträger aus Südafrika hob den Gegensatz hervor, indem er sich direkt auf die Selbstbezeichnung der südafrikanischen Weißen als „Europäer“ bezog: „Here, where every day in every aspect of life, every non-white comes up against the ubiquitous sign „Europeans Only“, and the equally ubiquitous policeman to enforce it.“¹²

Mit dem Aufstieg der ANC-Jugendliga in den 1940er Jahren hatte sich der ANC von einer Bürgerrechtsorganisation für avancierte Bildungsbürger in eine nationalistische Massenbewegung unter Luthulis populärer Führung verwandelt, ging er vom Protest zur Herausforderung eines Systems über, dessen grundsätzliche Legitimation in Frage gestellt wurde. Auch wenn mit dem afrikanistischen Ansatz der jungen Leute um Nelson Mandela, Oliver Tambo und Walter Sisulu eine Besinnung



(3) Aufmarsch der rechtsextremen Ossewabrandwag in den 1940er Jahren. Die Organisation orientierte sich in ihrem Auftreten an europäischen Faschisten, erfand aber einen eigenen Gruß. In der Mitte des Bildes steht der „Kommandant-Generaal“, J.F.J. van Rensburg. Quelle: Ossewabrandwag-Archiv, University Library, Potchefstroom University (heute: North-West University, Südafrika)

auf die eigenen kulturellen Wurzeln erfolgte, blieben sie in ihrer politischen Orientierung dem westlichen Parlamentarismus verpflichtet. Mandela betonte während des Rivonia-Prozesses im Jahr 1963, der ihm eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Sabotage eintrug, wie sehr die Tradition des britischen Parlamentarismus ein Leitstern seines politischen Lebens blieb: „I regard the British Parliament as the most democratic institution in the world, and the independence and impartiality of its judiciary never fail to arouse my admiration.“¹³ Noch mehr als 30 Jahre später schrieb er in seiner Autobiographie: „When I thought of Western democracy and freedom, I thought of the British parliamentary system.“¹⁴

Demgegenüber war die spätere Orientierung des Exil-ANC am Ostblock im Wesentlichen politisch-pragmatisch begründet, weil die Westeuropäer dem ANC nach seinem Verbot im Jahr 1960 weitgehend die Unterstützung verweigerten und mit dem Apartheidregime kooperierten. Trotz der zeitweilig schrillen sozialistischen Rhetorik, die mit der Zielsetzung einer Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und einer tiefgreifenden Umverteilung verbunden war und als Reaktion auf das koloniale und Apartheiderbe einer politisch induzierten Ungleichheit zu verstehen ist, hielt der ANC an der Zielsetzung einer westlichen Demokratie fest, allerdings ohne konkrete Bezugnahme auf europäische Werte. Gerade das Bekenntnis

der Apartheid-Regierung zu europäisch-abendländischen Werten, seine Selbstdarstellung als Bollwerk des Kapitalismus, hatte zur Folge, dass die Opposition, um sich zu profilieren, eine entgegengesetzte Haltung, nämlich die Rückbesinnung auf afrikanische Traditionen verbunden mit vagen sozialistischen Zielvorstellungen, einnehmen musste. Der Soziologe Peter Waldmann hat diese häufig anzutreffende Profilbildung als „indirekte Steuerung der Diskurse durch das Zentrum“ bezeichnet.¹⁵

Der intellektuelle Vordenker der ANC Youth League, Anton Lembede (1914 bis 1947), kehrte das Bild von einer Rassenkonfrontation, wie es Verwoerd und andere beschworen, geradezu um, indem er, noch ganz unter dem Eindruck des Zweiten

Weltkriegs, die Bewertung neu verteilte: „The West emphasized knowledge and had made great strides in science. But this very knowledge had become self destructive because it enabled them to invent deadly weapons.“ Demgegenüber betonte der Osten die Spiritualität und brachte die großen Religionsstifter Christus, Mohammed und Buddha hervor. „But Africa, lying between these two extremes, was able to imbibe the spiritualism of the East and the knowledge of the West and produce balanced Africans.“¹⁶

Im Manifest der Jugendliga von 1944 artikulierte sich der Afrikanismus noch prononcierter, indem nun ein direkter Gegensatz westlicher und afrikanischer Werte betont wurde, der sich als Konflikt der weißen mit den schwarzen Südafrikanern in einem Land abspielte. Die Weißen setzten ganz auf Individualismus: „Personal power, success and fame are the absolute measures of values; the things to live for.“ Daraus ergäbe sich, dass das Universum nur aus einer Aneinanderreihung monadenhafter, kleiner individueller Einheiten bestünde, „which cannot help being in constant conflict thereby hastening the approach of the hour of their final destruction.“ Die Gewissheit, die Apartheid zu überwinden, bezogen die Vertreter der Youth League aus der Überlegenheit der afrikanischen Kultur, die holistisch orientiert war, „an organic entity, progressively driving towards greater harmony and unity whose individual parts exist merely as interdependent aspects of one whole realising their fullest life in the corporate life where communal contentment is the absolute measure of values.“¹⁷ Das Bild der Gesellschaft als einer organisch gewachsenen, überpersönlichen Einheit ähnelt deutlich dem Selbstbild der burischen Nationalisten.

Der Afrikanismus blieb stets eine starke Strömung und in einem Spannungsverhältnis mit dem Gleichheitsgrundsatz der „Freiheitscharta“, dem zentralen Dokument der

Oppositionsbewegungen aus dem Jahr 1955, in dem gleiche Rechte für alle, unabhängig von Hautfarbe und Herkunft gefordert wurden. Die Black Consciousness-Bewegung der 1970er Jahre griff viele der Gedanken der älteren Generation um Lembede wieder auf. Steve Biko, einer der begabtesten Intellektuellen der jüngeren Generation, versah den Afrikanismus geradezu mit einer weltgeschichtlichen Mission, indem er ihn schroff dem westlichen Denken kontrastierte, dabei aber sorgfältig vermied, dieses mit Europa gleichzusetzen: „We reject the power-based society of the Westerner that seems to be ever concerned with perfecting their technological know-how while losing out on their spiritual dimension. ... The great powers of the world may have done wonders in giving the world an industrial and military look, but the great gift still has to come from Africa – giving the world a more human face.“¹⁸

Nach Verwoerds Ermordung im Jahr 1966 kamen keine grundsätzlich neuen Elemente zur Apartheid als einer planerischen Politik hinzu, allenfalls Modifizierungen und die Fortsetzung älterer Projekte. Unter den Regierungschefs Vorster und Botha begann der Apartheidstaat, sich zunehmend defensiv einzubunkern und den Antikommunismus zu einer Art Ersatz-Staatsideologie zu erheben. Diese Wende ins Defensive ging einher mit einer grundsätzlichen Strukturveränderung der südafrikanischen Ökonomie von arbeitsintensiven zu kapitalintensiven Produktionsmethoden und einer allmählichen Verlagerung von Rassen- auf Klassenschranken,¹⁹ indem die nun „überflüssig“ gewordenen Arbeitslosen in Form von Zwangsumsiedlungen in die „Homelands“ zurück transportiert wurden. Dabei hatte Verwoerd bereits großen Wert auf die vermeintliche Parallele mit europäischen „Gastarbeitern“ gelegt.

Noch in den 1970er und 1980er Jahren hielt die südafrikanische Regierung an dem Programm einer allmählichen Ausgliederung der

„Homelands“ aus dem südafrikanischen Staatsverband fest, versuchte aber seine äußere Erscheinung zu verbessern, indem nun von einer zukünftigen „Konstellation von Staaten“ die Rede war, die als ein Wirtschaftsverband – selbstredend unter südafrikanischer Hegemonie – kooperieren und neben den Homelands auch die Nachbarstaaten Südafrikas umfassen sollte. Diese Konstellation orientierte sich unübersehbar an der damaligen Europäischen Gemeinschaft, denn eine weitergehende politische Union lag Botha denkbar fern.²⁰ Vielmehr sollten die Homelands sowie weitere afrikanische Nachbarstaaten im ökonomischen Kraftfeld Südafrikas gehalten werden, dem auf diese Weise eine hegemoniale Rolle im Süden des Kontinents unter Beibehaltung der Politik der Rassentrennung zufallen konnte. Insofern war Bothas Vorstellung einer Konstellation von Staaten die Vollendung des Verwoerdschen Planes einer territorialen Rassentrennung bei gleichzeitiger Beibehaltung ökonomischer Abhängigkeit und weißer Privilegien, zu denen nicht zuletzt ein an europäischen Standards orientierter Wohlstand zählte.

Das Ende der Apartheid war zwar in den 1980er Jahren bereits absehbar und hatte im Wesentlichen ökonomische Gründe – in erster Linie den Niedergang des Bergbaus als Hauptdevisenbringer und -steuerzahler. Aber erst mit der Perestrojka wurde die Legitimation des antikommunistischen Sicherheitsstaats von Vorster und Botha obsolet. Nun eröffnete sich die Möglichkeit für einen entschlossenen Reformier, mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes in Europa auch in Südafrika den innergesellschaftlichen Konflikt zu beenden. Gerade ein konservativer Politiker wie F.W. de Klerk verfügte über die Glaubwürdigkeit bei den weißen Wählern, eine solche Wende zu vollziehen, zumal sich selbst in der Geheimgesellschaft des Afrikaner Broederbond, der de Klerk und sein einflussreicher Bruder, der Journalist

und Politikwissenschaftler Willem de Klerk angehörten, die Einsicht verbreitet hatte, dass man mit der afrikanischen Bevölkerung doch vieles gemeinsam hatte, in erster Linie christliche Werte. Sehr schnell stellte sich heraus, dass dies auch für die Exilanten galt, die in den frühen 1990er Jahren zurückkehrten. Die Vertreter des Exil-ANC entpuppten

der Schweiz bevorzugte, strebte der ANC einen starken Zentralstaat an, der die notwendigen Reformen durchsetzen sollte. Der Kompromiss, der schließlich gefunden wurde und zuerst in der Übergangsverfassung (1993 bis 1996) und dann in der endgültigen Verfassung von 1996 niedergelegt wurde, enthüllte deutlich, wie stark sich die neue

gericht als oberstem Wächter über die neue demokratische Grundordnung. Damit wandte das Land sich von der verfehlten Anlehnung an die britische Parlamentsouveränität in der bisherigen Verfassung ab.²¹

In der politischen Kultur Südafrikas nach 1994 ergab sich bald eine interessante Umkehrung, insbesondere innerhalb der neuen Regie-



(4) Premierminister Hendrik Verwoerd erläutert an einer Landkarte die territoriale Apartheid, die von angeblich traditionellen Siedlungsräumen der Bevölkerungsmehrheit, so genannten Homelands, ausging.
Quelle: Pieter W. Grobbelaar (Hg.), *Man van die Volk*. Gedenkalbum H.F. Verwoerd, Cape Town-Pretoria 1966, S. 43.

sich zur Überraschung vieler Weißer als außerordentlich verwestlichte und konsumorientierte Menschen, mit denen sie sehr rasch kulturelle Gemeinsamkeiten fanden.

So nimmt es kaum wunder, dass man sich in Europa nach verfassungsrechtlichen Alternativen zur bisherigen Staatsordnung umsah. Während die weiße Regierung, um die Rechte von Gruppen zu sichern, ein Kantonsystem wie in

Ordnung in Südafrika an der Bundesrepublik Deutschland ausrichtete. Beide Grundgesetze zogen Lehren aus einer traumatischen Geschichte der Gewaltherrschaft, so dass es nahelag, den offensichtlich erfolgreichen Neubeginn in Deutschland zum Vorbild zu nehmen. Südafrika erhielt ein föderales System mit einer starken Zentralregierung, mit einem umfassenden Grundrechtekatalog und erstmals mit einem Verfassungs-

runbspartei, dem ANC: Während in der Zeit der burischen Nationalisten und der Apartheid-Politik eine rassistisch gefärbte Ausrichtung auf ein christliches Abendland das Europa-Bild in Südafrika geprägt hatte, beschränkte sich die Orientierung am nördlichen Kontinent nach 1994 zunehmend auf verfassungsrechtliche Aspekte. Damit einher ging sogar eine oftmals vehemente Ablehnung vermeintlich „unafrikanischer“

westlicher Werte, insbesondere des Individualismus, des Kapitalismus und des Atheismus, deren Herkunft auf diese Weise lokalisierbar wurde, was aber auch Ansätze zu einer Ausgrenzung von Minderheiten im eigenen Land bot, nicht nur der früheren weißen Herren, sondern auch der indischen Minderheit oder der kulturell den Weißen ähnlichen Coloureds.

Dem setzte man eine Lehre afrikanischer Authentizität entgegen, die als „Ubuntu“ bezeichnet wurde. Ubuntu bezieht sich auf die Solidarität, die im ländlichen Raum und in der marginalisierten Lebenswelt der schwarzen Vorstadtsiedlungen überlebensnotwendig ist. Diese Solidarität wurde indes uminterpretiert in eine Gemeinschaftshaltung, der über eine enthistorisierte und idyllisierte afrikanische Dorfgemeinschaft der Anschein einer kulturellen Tradition verliehen wurde. Kirchenvertreter

wie Erzbischof Tutu christianisierten Ubuntu, womit sie dessen afrikanischen Charakter verstärkten, da sie Ubuntu als eine wahre christliche Haltung dem kalten Individualismus der Europäer kontrastierten, den sie mehr oder weniger explizit als Abkehr von den christlichen Werten interpretierten. Auf diese Weise wurde Ubuntu von einer gelebten Solidarität zu einer Authentizitätsideologie umgemünzt, deren antiwestliche Ausrichtung kein bloßes Akzidenz ist. Denn Ubuntu soll den Neuanfang Südafrikas kulturphilosophisch an afrikanische Traditionen anbinden, womit gleichzeitig die Vergangenheit der Apartheid mit der westlichen Kultur verknüpft wird. In gewissem Sinn ist Ubuntu die verspätete Antwort des afrikanischen Nationalismus auf die Selbstdarstellung der Apartheidideologen als Hüter europäischer Werte.

Die Frage bleibt indes, ob sich auf Kulturphilosophie allein ein Neuanfang des afrikanischen Kontinents begründen lässt. Nichts Geringeres nämlich strebte der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki an, als er von einer „afrikanischen Renaissance“ sprach und dies mit dem Projekt der Einheit Afrikas verknüpfte. Seine Hinwendung zum Afrikanismus ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Mbeki Jahrzehnte im Exil lebte und deswegen in Südafrika selbst nicht sonderlich populär, ja vielen sogar weitgehend unbekannt war. Doch geht Mbekis Bekenntnis zum Afrikanismus deutlich über derlei populistische Kalküle hinaus. Die afrikanische Renaissance ist der Versuch, durch die Mobilisierung kultureller wie ökonomischer Ressourcen das Erbe des Kolonialismus zu überwinden und aus eigener Kraft den afrikanischen Kontinent aus Armut, Gewalt und Abhängigkeit zu befreien.

Mbeki wollte die African Renaissance herbeiführen, indem er die obsolet gewordene, auf eine eher unrühmliche Vergangenheit der Ineffizienz und Korruption zurückblickende Organisation für afrikanische Einheit (OAU) 2000 in die Afrikanische Union umwandelte. Deren Name wies bereits auf das Modell des erfolgreichen Zusammenschlusses der Europäer hin. Mbeki zog in einigen seiner programmatischen Reden, die seine erste Amtszeit prägten, eine Bilanz der bisherigen Tätigkeit der OAU und hob hervor, dass ein Neuanfang in Afrika ein demokratischer sein müsse, denn „the one-party states and the military governments will not work.“²² Damit schloss er unmittelbar an eine der grundlegenden Selbstbeschreibungen der EU an, nämlich ein Bündnis demokratischer Staaten zu sein, auch wenn dies mit der Osterweiterung eher ein Versprechen auf die Zukunft sein mag denn eine belastbare Erfahrung. „We have been watching with great interest the evolution and growth of the European Union (EU), encouraged



(5) ANC-Präsident Chief Albert Luthuli bei einem Interview im Mai 1953.

Quelle: Jürgen Schadeberg (Hg.): Nelson Mandela and the Rise of the ANC, Johannesburg 1990, S. 57, Foto: G.R. Naidoo



(6) Keine Krise in Simbabwe: Robert Mugabe und Thabo Mbeki am 12. April 2008 in Harare.

Quelle: <http://www.smh.com.au/news/world/crisis-what-crisis-says-mbeki-on-way-to-summit/2008/04/12/1207856929436.html>

by the desire to see the steps leading to an actual progress towards European unity.“ Er unterstrich, „that the peoples of our own continent are inspired by a similar desire to achieve African unity, which led to the foundation and defence of the Organisation of African Unity.“²³

Oft wird der Nationalstaat als eines von Afrikas größten Problemen identifiziert, da es sich um künstliche Gebilde mit willkürlich gezogenen Grenzen handle. Letzteres trifft auf die meisten Staaten der Erde zu und die nachkoloniale Geschichte hat eine außerordentliche Stabilität der Nationalstaaten erwiesen. Dies lag nicht zuletzt an der Bedeutung der Organisation für Afrikanische Einheit, die bereits bei ihrer Gründung die Unverletzlichkeit der Grenzen festschrieb und damit weitgehend zwischenstaatliche Konflikte auf dem Kontinent verhindern konnte. Die

African Renaissance ließ dagegen offen, ob afrikanischer Nationalismus sich auf einzelne Nationalstaaten beziehen soll oder auf den gesamten Kontinent. Mbeki entschied sich für eine pragmatische und genuin politische Lösung, die die Unentschiedenheit aufrechterhielt, aber praktische Implikationen hatte, nämlich einen Staatenbund nach dem Vorbild der EU zu gründen, das heißt mit der Langzeitperspektive eines engeren Zusammenschlusses, der mit der Aufgabe von Souveränität der einzelnen Staaten verbunden sein sollte. So nobel dieses Unterfangen auch war, so zeigt der Vergleich mit der EU, dass Grundvoraussetzungen fehlten, um ein solches Großprojekt auf den Erfolgsweg zu bringen. Eines der größten Defizite afrikanischer Staaten ist das unterentwickelte Bewusstsein der Machteliten für demokratische Institutionen und insbesondere die

fehlende Toleranz für oppositionelle Parteien. Während der europäische Einigungsprozess trotz oder vielleicht sogar wegen der Mittelmäßigkeit seiner Politiker erfolgreich war, sind die großen Persönlichkeiten an der Spitze afrikanischer Staaten eines der Hauptprobleme. Denn sie sicherten ihre Macht durch Klientelsysteme und Patronagenetze, die in der Staatsspitze zusammenlaufen und womit sie das Aufkommen einer Opposition verhindern. Gleichwohl gibt es auf dem afrikanischen Kontinent starke Demokratiebewegungen „von unten“, die jedoch von den jeweiligen afrikanischen Nachbarn wie von den Europäern regelmäßig im Stich gelassen werden, wie sich gerade an Südafrikas nördlichem Anrainer Simbabwe zeigen lässt.

Mbekis Verhalten gegenüber Robert Mugabes Tyrannei trug maßgeblich zur Desavouierung seines eige-

nen Renaissance-Projektes bei. Als der südafrikanische Präsident angesichts eines neuerlichen Versuchs Mugabes, im Jahr 2008 Wahlergebnisse zu fälschen und seinen Terrorapparat auf die Bevölkerung loszulassen, verkündete, es gäbe keine Krise in Zimbabwe, machte er unmissverständlich klar, was es mit seiner Politik der „stillen Diplomatie“ wirklich auf sich hat: Es ist eine kaschierte Unterstützung Mugabes.

Nur zehn Jahre zuvor hatte Mbeki hohe Maßstäbe gesetzt, die bislang ein uneingelöstes Versprechen geblieben sind: „The call for Africa’s renewal, for an African renaissance, is a call to rebellion. We must rebel against the tyrants and the dictators, those who seek to corrupt our societies and steal the wealth that belongs to the people.“²⁴

Summary

The heterogeneous population of South Africa during different periods developed very diverging images of Europe. Whereas the majority of the population took European democracy as the lodestar of their fight for citizenship and equality, many white inhabitants of South Africa had an ambivalent relationship to the continent of their origin. English-speaking whites looked to Britain as their “home”. Afrikaners, who began settling in South Africa in 1652, saw Europe or certain European countries less as a place to which they felt tied by bounds of loyalty and nostalgia. They rather regarded Europe as the place of origin of a superior European civilisation. Afrikaners in particular had an ambivalent relationship to Europe, since the political aim foremost on the agenda of Afrikaner nationalist organisations was independence from the British Empire and the repudiation of democracy and political institutions they regarded as alien. This made many of them amenable to right-

wing movements in Europe during the interwar years, which witnessed the emergence of antiparliamentarian organisations in South Africa too.

During the apartheid years, South African politicians defended their policy of racial segregation as a defence of European civilisation. They saw themselves as an outpost of Europe in Africa and part of the struggle for retaining European values against communism, which was equated with and racialised as “Asian”. After the end of apartheid in 1994, cultural Africanism developed an ideology of authenticity (*Ubuntu*) which was formulated as the opposite of despicable “Western” values. On the other hand, the African National Congress held on to western political institutions, parliamentary democracy and the rule of law. The goal of an African Union as propagated by South African president Thabo Mbeki has similarities with the European Unification process, but the deficit of democratic institutions in many African states may prevent the success of an African Renaissance.

Anmerkungen

- 1) Die Rasseneinteilung der Apartheid unterschied zwischen der schwarzen, bantusprachigen Bevölkerung und den Coloureds, zu denen die Nachfahren von Sklaven, der Khoisan-Bevölkerung (“Hottentotten” und “Buschleute”) sowie anders nicht zu klassifizierende Menschen zählten.
- 2) Pillay, Gerald J. (Hg.): *Voices of Liberation*, Bd. 1: Albert Lutuli, Pretoria 1993, S. 133.
- 3) Schutte, Gerrit: *De Vrije Universiteit en Zuid-Afrika, 1880-2005*, 2 Bände, Zoetermeer 2005.
- 4) Pretoria, Staatsarchiv, A1: J.C. Smuts-Sammlung, Bd. 166, Okt.–Dez. 1946, Dok. Nr. 46, Strijdom und Kemp an Smuts, 5. Oktober 1946.
- 5) Norval, Aletta J.: *Deconstructing Apartheid Discourse*, London – New York 1996, 35.
- 6) University of the Free State (Bloemfontein), Archive for Contemporary Affairs: PV 93/1/30/1/29, H.F. Verwoerd-Sammlung, Verwoerd an John McKenzie, Auckland, Neuseeland, 10.11.64.
- 7) PV 93/1/30/1/32, Verwoerd an Th. Dahl,

Dublin, 16.5.66.

- 8) PV 93/1/30/1/26, Verwoerd an Irene Lees, Manchester, 19.6.64.
- 9) Ebd., Verwoerd an Miss Valerie J. Betts, Birmingham, 3.7.64.
- 10) PV93/3/1/59, Verwoerd an E.E.I. Glass, St. Augustine’s College, Canterbury, Großbritannien, 10.6.1963.
- 11) Pillay, Gerald J. (Hg.): *Voices of Liberation*, Bd. 1: Albert Lutuli, Pretoria 1993, S. 138.
- 12) Ebd., S. 140.
- 13) Mandela, Nelson: *No Easy Walk to Freedom. Articles, Speeches and Trial Addresses*, London 1965, S. 183.
- 14) Mandela, Nelson: *Long Walk to Freedom*, London 1995, S. 360.
- 15) Waldmann, Peter: *Regionalismus*, in: Breuninger Kolleg (Hg.): *Kollektive Identität und Geschichte*, Stuttgart 1994, S. 133.
- 16) Edgar, Robert R.; Msumza, Luyanda ka (Hg.): *Freedom in our Lifetime. The Collected Writings of Anton Mziwakhe Lembede*, Athens – Johannesburg – Bellville 1996, S. 84.
- 17) Congress Youth League Manifesto (1944), in: Karis, Thomas; Carter, Gwendolen M. (Hg.): *From Protest to Challenge. A Documentary History of African Politics in South Africa, 1882-1964*, Bd. 2: *Hope and Challenge, 1935-1952*, Stanford 1973, S. 300-308, hier S. 301.
- 18) Biko, Steve: *Some African Cultural Concepts*, in: ders.: *I Write What I Like*, London 1978, S. 40-47, hier S. 46f.
- 19) Seekings, Jeremy; Nattrass, Nicoli: *Class, Race, and Inequality in South Africa*, Scottsville 2006.
- 20) Davenport, T.R.H.: *South Africa. A Modern History*, London 1991, 402f.
- 21) Vgl. dazu den *Sammelband De Villiers, Bertus (Hg.): Birth of a Constitution*, Kenwyn 1994.
- 22) Mbeki, Thabo: *Africa – The Time Has Come*, Cape Town 1998, S. 201.
- 23) Ebd., S. 215.
- 24) Ebd., S. 300.

Literatur

- Marx, Christoph: *Im Zeichen des Ochsenwagens. Der radikale Afrikaner-Nationalismus in Südafrika und die Geschichte der Ossewabrandwag*, Studien zur Afrikanischen Geschichte Bd.22, Münster 1998.
- Marx, Christoph: *Geschichte Afrikas*, von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn 2004.
- Marx, Christoph: *Ubu und Ubuntu - Zur Dialektik von Apartheid und Nation-Building*, in: *Saeculum* 52/2001, 89-118.
- Marx, Christoph: *Siedlerkolonien in Afrika – Versuch einer Typologie*, in: Becker, Frank (Hg.): *Rassenmischehen – Mischlinge – Rassentrennung. Zur Politik der Rasse im deutschen Kolonialreich*, Stuttgart 2004, 82-96.
- Marx, Christoph: *Zwangsumsiedlungen in Südafrika während der Apartheid*, in: Heinemann, Isabel; Wagner, Patrick (Hg.): *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 1, Stuttgart 2006, 173-195.

Der Autor

Christoph Marx studierte Geschichte und Musikwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau von 1977 bis 1983 und schloss mit dem Magister ab. 1980 befasste er sich während eines Auslandsaufenthaltes mit dem Studium der südafrikanischen Geschichte, der afrikanischen Kolonialgeschichte und der afrikanischen Musik an der Rhodes University und der International Library of African Music in Grahamstown, Südafrika. Marx promovierte 1987 in Freiburg im Breisgau. Als DAAD-Stipendiat verbrachte er 1990/91 über ein Jahr in Südafrika. Von 1994 bis 2001 ging er verschiedenen Lehraufträgen und Vertretungsprofessuren und -dozenturen an den Universitäten in Freiburg im Breisgau, Zürich und Basel nach. Die Habilitation von Christoph Marx erfolgte 1996 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg bei Wolfgang Reinhard mit einer Arbeit zur Geschichte des radikalen Afrikaner-Nationalismus. Seit April 2002 ist Marx Professor für Außereuropäische Geschichte an der damaligen Universität Essen, heute Duisburg-Essen. Er ist Ausschussmitglied im Verband der Historiker Deutschlands, beratendes Mitglied des Vorstands des Arbeitskreises außereuropäische Geschichte im Historikerverband, stellvertretender Vorsitzender des Instituts für Historische Anthropologie in Freiburg und Mitglied der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD). Christoph Marx gibt die Zeitschrift „Periplus – Jahrbuch für außereuropäische Geschichte“ heraus und ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Politikon – South African Journal of Political Studies“ sowie der Buchreihen „Studien zur afrikanischen Geschichte“ und „Periplus-Studien“.